

„Wir sehen die Welt irdischer“

An der Seite der Schwachen stehen: Das ist für Hartmut Tölle die gemeinsame Aufgabe von Kirchen und Gewerkschaften / Ein Gespräch zum Tag der Arbeit

Gute Arbeit für Europa – mit diesem Motto rufen die Gewerkschaften zum Tag der Arbeit auf. Im Mittelpunkt der zahlreichen Kundgebungen: die Forderung nach gerechten Löhnen und sozialer Sicherheit. Dafür treten auch die Kirchen ein. Gibt es weitere Übereinstimmungen? Fragen an Hartmut Tölle, DGB-Vorsitzender in Niedersachsen.

Können Sie als gelernter Werkzeugmacher heute noch Zylinder verschlachten? Sie haben ja bei einer Detmolder Zylindergussfirma gearbeitet.

Beim heutigen Stand der Technik könnte ich das nicht mehr. Ich habe zwar eine solide Ausbildung, mit der ich viele Tätigkeiten noch ausüben könnte. Doch das Einführen der computerunterstützten Technik hat nicht nur meinen Beruf grundlegend verändert.

Ist diese Technisierung immer ein Segen?

Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen. Früher sagte man: Ein Dreher hat goldene Hände. Allein durch seine Geschicklichkeit konnte er komplizierte Werkstücke herstellen. Heute macht das die Maschine. Dreher legen die Arbeitsschritte vorher am Computer fest. Das hat die Arbeit, das hat die Belegschaften verändert. Die körperliche Schwerarbeit ist zurückgegangen, aber die Arbeitsverdichtung hat zugenommen. Das führt vermehrt zu psychischen Belastungen und Krankheiten.

Ein Werkzeugmechaniker, wie Ihr erlernter Beruf seit 1987 heißt, verdient in Niedersachsen durchschnittlich um die 2200 Euro. Ist das gerecht?

Der Tariflohn liegt höher. Aber zu Ihrer Frage: Was ist der gerechte Lohn? Ich glaube, diesen gerechten Lohn gibt es nicht. Sie kennen aus der Bibel das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg. Darum geht es: Menschen müssen in Würde von ihrer Arbeit leben können. Arbeit hat nicht nur etwas mit Einkommen zu tun. Gerade in den letzten Jahren ist die Schere bei den Einkommen in einer nicht zu rechtfertigenden Weise auseinandergegangen. Einige wenige besitzen enorme Reichtümer, aber sieben Millionen Beschäftigte in Deutschland können von ihrem Lohn nicht mehr ihr Leben und das ihrer Familie bestreiten. Das ist nicht in Ordnung. Daher setzen wir uns für Tarifverträge, aber auch für einen gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro pro Stunde ein.

Schürt das nicht Neiddiskussionen?

Es ist keine Frage von Neid, sondern eine Frage der Würde. Der Mindestlohn garantiert zumindest, von der eigenen Arbeit leben zu können. Zudem sehe ich es als Aufgabe des Staates an, für ein gerechtes Steuersystem zu sorgen. Spitzenmanager mögen ja viel Geld verdienen. Aber davon muss auch ein gehöriger Anteil wieder an die Allgemeinheit zurückfließen.

Immer weniger Beschäftigte sind tarifgebunden tätig. Ihre Quote ist in den letzten Jahren stetig gesunken, zuletzt auf 52 Prozent. Verringert das den Einfluss von Gewerkschaften?

Es ist ein Zeichen für den Wandel



Sieht zahlreiche soziale Baustellen in Niedersachsen, an die Kirchen und Gewerkschaften ‚ran‘ müssen: Hartmut Tölle.

Foto:Wala

der Arbeitswelt. Gewerkschaften sind traditionell in großen Industriebetrieben stark. Deren Produktivität ist enorm gestiegen – mit der Folge, dass immer weniger Menschen immer mehr Waren herstellen. Damit können wir dort immer weniger Menschen in Gewerkschaften organisieren. Hinzu kommt, dass wir in Klein- und Kleinstbetrieben nur wenig Fuß gefasst haben. Gerade dort gilt: Wenn es schwierig wird, brauchen Belegschaften die Unterstützung von Gewerkschaften, um unter das Dach eines Tarifvertrages zu kommen. Diese Erkenntnis wächst: Die acht DGB-Gewerkschaften in Niedersachsen haben im letzten Jahr erstmals einen realen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen können. Das ist eine gute Entwicklung. Und es ist ein Schutz vor Willkür. Das geht nur über eine starke Solidargemeinschaft.

Die Arbeitszeit war immer ein Anliegen der Gewerkschaften: Acht-Stunden-Tag, „Samstags gehört Vati mir“ (der berühmte DGB-Slogan in den 1950er-Jahren für die Fünf-Tage-Woche), 1984 der Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Heute haben Supermärkte fast rund

um die Uhr auf und auch der Sonntag ist bedroht. Wie reagieren die Gewerkschaften?

Die 35-Stunden-Woche gilt immer noch in der Metallindustrie und die Arbeitszeit ist weiterhin wichtiger Bestandteil von Tarifverhandlungen. Wir haben aber erlebt, dass durch betrieblichen Druck und staatliches Handeln der Weg der Arbeitszeitverkürzung umgedreht wird. Ein Beispiel: Die 40-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte ist Folge einer Verordnung des Landes Niedersachsen. Was nun das Wochenende und besonders den Sonntag betrifft: Es gehört zu unserem Menschsein, gemeinsame Zeiten der Ruhe und Muße zu haben. Gewerkschaften haben sich immer für den freien Sonntag stark gemacht. Der Sonntag ist ein Kulturgut. Nach meinem Verständnis gehört der Samstag dazu.

Wie würden Sie die soziale Lage in Niedersachsen beschreiben?

Allgemein geht es den Menschen in Niedersachsen nicht schlecht. Wir sind kein armes Land – bei allen Unterschieden in den Lebensumständen. Trotzdem gibt es im-

mer mehr Armut. Obdachlosigkeit nimmt ebenso zu wie die Schere zwischen normalem Einkommen und zu geringen Löhnen und Sozialleistungen. Aber es gibt in Niedersachsen noch keine Mehrheit für einen Mindestlohn oder dafür, die Vergabe von staatlichen Aufträgen an soziale Standards zu knüpfen. Das ist politisch leider nicht gewollt – im Gegensatz zu anderen Bundesländern.

Sie sehen zahlreiche soziale Baustellen?

In der Tat. Bildungspolitik ist ein auffälliges Beispiel. Wenn Familie und Beruf vereinbar sein sollen, braucht es eine gute Infrastruktur: Krippen, Kindergärten, Horte oder Ganztagschulen. Der Nachholbedarf ist groß. Ein anderes Beispiel: unser Umgang mit den ‚Fremden‘. In Niedersachsen fehlt eine Willkommens-Kultur – gerade für die, die anders aussehen und keinen deutschen Pass haben. Unsere Kinder brauchen eine gute Bildung und andere Kulturen sind eine Bereicherung für unser Land: Sätze, die jeder unterschreiben würde, der noch halbwegs klar im Kopf ist. Aber wie wird das in konkrete Politik

umgesetzt? Hier sind Gewerkschaften wie Kirchen gefordert, den Finger in die Wunde zu legen.

Also Kirche und Gewerkschaft ‚Seit‘ an ‚Seit‘ in der Bildungs-, Sozial-, Beschäftigungs- und Flüchtlingspolitik?

Das müssen wir sein. Kirche und Gewerkschaft stehen dafür ein, dass nicht das Wolfsgesetz in der Gesellschaft herrscht, sondern wir als Menschen würdig miteinander umgehen. Das ist der Kerngedanke von Religion und Gewerkschaften: Wir setzen uns gemeinsam für den Schutz der Schwachen auch vor der Obrigkeit ein.

Einen Satz wie „Er stürzt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen“ würden Sie unterschreiben?

Selbstverständlich. Warum denn nicht? Das Neue Testament ist vor dem Hintergrund der damaligen Verhältnisse eine zentrale Erklärung der Menschenrechte. Das gilt noch heute. Denn die Grundprobleme der Welt bestehen im Kern fort. Immer noch gibt es Willkür, gibt es Ausbeutung auf

der einen sowie das Entwickeln, das Leben von Werten für ein menschliches Miteinander auf der anderen Seite.

Kirche und Gewerkschaft haben Ihrer Ansicht nach einen gemeinsamen Auftrag?

Als Gewerkschaften betrachten wir die Welt etwas irdischer als Religionen. Aber Kirchen richten ihr Engagement nicht ausschließlich nach dem Jenseits aus. Im Diesseits treffen wir uns – und da sehe ich eine große Übereinstimmung, wenn es um Werte, die Teilhabe durch Bildung und die Aufnahme von Fremden geht. Wir drücken in der Sprache manches anders aus. Aber die Begriffe gehen in die gleiche Richtung. Und die bedeutet: uns an die Seite der Benachteiligten zu stellen.

Bei so viel Gemeinsamkeiten: Es gibt ja auch Trennendes zwischen Gewerkschaften und Kirche. Das kirchliche Arbeitsrecht, der sogenannte Dritte Weg, dürfte doch nicht Ihre Zustimmung finden?

Es geht uns nicht um das Einmischen in kirchenrechtliche Belange – was zum Beispiel die Geistlichkeit betrifft. Ganz anders sieht es bei Kindertagesstätten, Krankenhäusern und Altenheimen aus. Hier gehen kirchliche Einrichtungen einen zu kurz gedachten Weg. Ich nehme den Kirchen ab, dass sie gute Löhne zahlen und angemessene Arbeitsbedingungen bieten wollen. Wir erleben aber im Sozialbereich, dass Billig-Anbieter auf den Markt drängen, die geringe Löhne bei unzumutbaren Arbeitsbedingungen zahlen. Diesem Druck sind auch kirchliche Einrichtungen ausgeliefert.

Das heißt, weniger über Streikrecht oder nicht streiten, sondern mehr Einsatz für höhere Pflegesätze in Niedersachsen?

Zurzeit hat derjenige, der schlechter als Tarif bezahlt, einen Wettbewerbsvorteil. Das müssen wir beenden. Der Staat kann dieses Schlupfloch gesetzlich schließen. Auch die weitaus größte Mehrheit der Menschen in diesem Land will nicht, dass eine Leistung auf dem Rücken von Beschäftigten erbracht wird – nur um des Profites willen. Kirchen sollten diese Spirale nicht mitmachen. Der dritte Weg geht nur mit Tariftreue.

Duderstädter Gespräche zusammen mit Kolping, gemeinsame Aktionen zum 1. Mai: DGB und Kirchen arbeiten vielfältig zusammen. Ist das noch ausbaufähig?

Zusammenarbeit ist immer ausbaufähig. Wir dürfen es jedoch nicht beim „Drüber-Reden“ belassen. Kirchen, Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften teilen gemeinsame Werte. Wo diese Werte in Gefahr geraten, müssen wir uns wehren. Wo Akzente für mehr Gerechtigkeit gesetzt werden können, müssen wir uns gemeinsam dafür stark machen. Wir haben eine gute Tradition in den letzten Jahren entwickelt. Das sollten wir fortsetzen – und wir haben etwas bewirkt: in der Umweltpolitik wie auch gegen Fremdenfeindlichkeit. Wo wir noch schärfer sagen müssen, wofür wir stehen, ist in der Frage der sozialen Gerechtigkeit. Dann können wir auch Einfluss auf die Parlamente und Parteien nehmen und Dinge zum Guten wenden.

Interview: Rüdiger Wala

DER DGB IN NIEDERSACHSEN – BREMEN – SACHSEN-ANHALT

Hartmut Tölle ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt. Der DGB ist der Dachverband von acht Gewerkschaften (IG Metall, ver.di, IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Gewerkschaft der Polizei (GdP), Nahrung Genuss Gaststätten (NGG), Eisenbahner- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), IG Bauern Agrar Umwelt (IG BAU)).

Bundesweit sind rund 6,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder vertreten, in Niedersachsen sind rund 675 000 Menschen in Gewerkschaften organisiert. Die beiden größten Gewerkschaften sind hier die IG Metall (etwa 235 000) und ver.di. (etwa 217 000). Die Mitgliedschaft teilt sich in rund 68 Prozent Männer,

32 Prozent Frauen. Der Anteil junger Mitglieder unter 27 Jahren beträgt 7,6 Prozent. Unter den Mitgliedern sind neben Angestellten, Beamtinnen und Beamten auch Studierende und Arbeitslose.

Hartmut Tölle selbst wurde am 24. Juli 1953 in Detmold geboren. Nach dem Schulbesuch schloss er 1974 eine Mechanikerlehre in einem Handwerksbetrieb ab. Bis 1976 leistete er

Zivildienst. Von 1977 bis 1980 arbeitete Hartmut Tölle als Werkzeugmacher bei der Firma Zylinderguss Detmold. Hier begann auch sein gewerkschaftliches Engagement: Er wurde Vertrauensmann der Gewerkschaft und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender.

Seine hauptamtliche gewerkschaftliche Tätigkeit begann Hartmut Tölle 1981 als Dozent im Bildungszentrum der IG Me-

